

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3285

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3285



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Medienmitteilung

Bern, 27. April 2021

Der Weg der Schweiz – jetzt gemeinsam handeln:

Ja zum CO2-Gesetz-Kompromiss

Am 13. Juni stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Revision des CO2-Gesetzes ab. Das CO2-Gesetz ist ein wirkungsvolles Massnahmenpaket, das Innovation und Fortschritt zugunsten des Klimas ermöglicht – das CO2-Gesetz ist machbar, vernünftig und notwendig. Über 160 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, zahlreiche Wirtschaftsverbände und über 90 zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich für den CO2-Gesetz-Kompromiss ein. Das Komitee ist bereit, der Erdöllobby, die hinter dem Referendum steht, entschieden die Stirn zu bieten. Gemeinwohl muss über Sonderinteressen stehen. Abwarten ist teurer und riskant.

CO2-Gesetz – um was geht es?

Der Klimawandel ist ein globales Problem. Wir müssen Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen wie den Rückzug der Gletscher, die Zunahme extremer Wetterereignisse und den Rückgang der Artenvielfalt zu vermindern. Seit 1990 sind die Treibhausgasemissionen in der Schweiz um etwa 14 Prozent gesunken. Während die Emissionen in den Gebäude- und Industriesektoren deutlich abgenommen haben, stagnieren sie im Verkehrssektor. Es zeigt sich: Die Schweiz ist auf dem richtigen Weg, sie muss aber noch mehr tun, um ihre Reduktionsziele bis 2030 zu erreichen und ihre Emissionen bis 2050 auf ein Netto-Null-Niveau zu bringen. Der Schritt mit dem CO2-Gesetz besteht darin, Kostenwahrheit herzustellen: Wer mehr Ressourcen auf Kosten der nächsten Generationen verbraucht, muss auch den Preis dafür bezahlen. Die Lenkungsabgaben fliessen nicht in die Staatskasse, sondern kommen alle direkt oder indirekt der Bevölkerung und den Unternehmen zugute: Zwei Drittel der CO2-Abgabe auf Heizöl und Erdgas sowie mehr als die Hälfte der Flugticketabgabe werden direkt rückverteilt. Der Rest fliesst über den Klimafonds an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurück. Diese Investitionen schaffen Arbeit und Verdienst in der Schweiz und verhindern einen Abfluss an Milliarden ins Ausland.



Breites Ja-Komitee für den CO2-Gesetz Kompromiss

«Wir haben hart verhandelt und können nun gemeinsam hinter einem soliden und typisch schweizerischen Kompromiss stehen. Je früher wir die richtige Abzweigung auf dem Weg der Schweiz nehmen, desto günstiger und weniger steil ist der Weg, um die Verpflichtung des Klimaabkommens von Paris einzuhalten. Wir tun dies für künftige Generationen, damit sie die gleichen Lebensbedingungen haben», eröffnete FDP-Ständerat Damian Müller die Medienkonferenz. Dass der Weg der Schweiz beim Klimaschutz von rechts und links befürwortet wird, zeigte die nächste Rednerin SP-Nationalrätin Gabriela Suter: «Das neue CO2-Gesetz ist gerecht, wirkungsvoll, familienfreundlich und sozial. Wenn das Gesetz angenommen wird, gewinnen wir alle.» Sie räumte sodann auch mit den falschen Behauptungen der Gegnerinnen und Gegner auf: «Weil Familien nicht zu den Vielfliegern gehören und beim Wohnen einen niedrigen Energieverbrauch pro Kopf haben, profitieren gerade sie von der Rückverteilung.»

Breite Unterstützung von den Bergen bis in die Städte

Dass die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels nicht nur ein Anliegen der Stadtbevölkerung sind, zeigte Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach von der Mitte: «Die Schweiz ist als Alpenland besonders stark vom Klimawandel betroffen. Deshalb stehen die Bergregionen hinter dem CO2-Gesetz». Der Klimafonds unterstützt spezifische Massnahmen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels in den Berggebieten und ländlichen Räumen und hilft beispielsweise durch Gebäudesanierungsprogramme, CO2-Emissionen zu verringern und die Folgen des Klimawandels auszugleichen. Die Genfer Nationalrätin Delphine Klopfenstein (GRÜNE) wies sodann darauf hin, dass abwarten teuer und riskant ist. Viel wichtiger sei es deshalb, jetzt sich jetzt auf den Weg Richtung Netto-Null zu begeben und damit noch zu profitieren «mit der Abkehr von Öl, Gas und Kohle lindern wir nicht nur die Klimakrise, sondern verringern auch unsere Abhängigkeit von Energieimporten. Das bedeutet Arbeitsplätze und Wertschöpfung hier in der Schweiz.» Auch belegte sie ihre Aussage mit einem Verweis auf eine Untersuchung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die zeigt, dass das heutige Ergreifen von Massnahmen günstiger ist, als spät das Ruder herumzureissen.

Weitere Chancen für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft durch die Abkehr von der fossilen Abhängigkeit beleuchtete auch glp-Präsident Jürg Grossen: «Unsere



Bauwirtschaft, die Gebäudetechnikbranche und die Zulieferindustrie von Fahrzeugen werden mit Anreizen und gezielter Unterstützung für moderne, emissionsarme Technologien unterstützt.» Zum Schluss ergänzte EVP-Nationalrätin Lilian Studer mit einem noch nicht stark beleuchteten Fakt: «Mehr Klimaschutz heisst auch weniger Luftverschmutzung. Klimaschutzmassnahmen haben somit auch einen direkten Nutzen für die Gesundheit. Weniger Spitaltage wegen Atemwegs-, Herz- und Kreislauferkrankungen, weniger Fälle von akuter Bronchitis bei Kindern, weniger Asthmaanfälle bei Erwachsenen. Und dies wirkt sich auch positiv auf die Gesundheitskosten aus.» Auch für unsere Gesundheit ist es deshalb wichtig, dass jetzt Massnahmen ergriffen werden und nicht auf eine spätere Debatte vertröstet werden.

Weitere Informationen zur Ja-Kampagne: www.klimaschutz-ja.ch

Kontakte:

- › Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (Die Mitte, FR), 079 449 05 69
 - › Nationalrat Jürg Grossen (grünliberale, BE), 079 444 94 65
 - › Nationalrätin Delphine Klopfenstein (GE), GRÜNE
 - › Ständerat Damian Müller (FDP, LU), 079 569 09 39
 - › Nationalrätin Lilian Studer (EVP, AG), 076 575 24 77
 - › Nationalrätin Gabriela Suter (SP, AG), SP 076 432 40 27
-
- › Marcel Schuler, Kampagnenleiter FDP.Die Liberalen, 079 589 22 22
 - › Marie Seidel, Kommunikationsberaterin WWF, 079 356 74 96